



# Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

## Umsetzung der Wasserstoff-Strategie Sachsen-Anhalts

### Energieministerium will 55 Millionen Euro für Wasserstoff-Infrastrukturen bereitstellen

Für den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft setzt Sachsen-Anhalt auf grünen Wasserstoff als Energieträger. Am Mittwoch hat Energieminister Prof. Dr. Armin Willingmann im Umweltausschuss des Landtags über den Umsetzungsstand der Wasserstoffstrategie des Landes berichtet und erhebliche Infrastruktur-Investitionen für die geplante Wasserstoff-Versorgung in Aussicht gestellt.

„Ab 2023 plant das Energieministerium allein für länderübergreifende Projekte zum Ausbau von Leitungen und Speichern mit mehr als 55 Millionen Euro“, erklärte Willingmann. Das Ministerium habe die Mittel bereits für den Landeshaushalt angemeldet. „Wir sichern damit den Zugang Sachsen-Anhalts zum künftigen europäischen Wasserstoff-Leitungsnetz und tragen so zum langfristigen Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen in den energieintensiven Branchen unseres Landes bei.“

Die Bundesregierung hatte im vergangenen Jahr länderübergreifende Infrastruktur-Projekte für den Aufbau eines europäischen Wasserstoffnetzes als „wichtige Vorhaben im gemeinsamen europäischen Interesse“ (IPCEI) ausgewählt, die zwischen 2023 und 2027 umgesetzt werden sollen. Voraussetzung ist, dass sich die Bundesländer zu 30 Prozent an den Kosten beteiligen. Die konkrete Höhe der Förderanteile hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vor zwei Wochen mitgeteilt. Für die Realisierung der Leitungs- und Speicherprojekte in Sachsen-Anhalt wird der Bund voraussichtlich rund 130 Millionen Euro einplanen, das Umweltministerium entsprechend 55 Millionen Euro; insgesamt werden also rund 185 Millionen Euro investiert.

Das Gros der Mittel – 149,1 Millionen Euro – soll in Wasserstoffspeicher in Bad Lauchstädt (Saalekreis) sowie in eine Pipeline zwischen Bad Lauchstädt, Leuna und dem niedersächsischen Salzgitter investiert werden. 35,7 Millionen Euro fließen in zwei weitere Pipeline-Projekte. „Unser Ziel ist es, Sachsen-Anhalt zum Vorreiter auch bei grünem Wasserstoff zu entwickeln. Dafür sind entsprechende Infrastruktur-Investitionen unerlässlich“, betonte Willingmann. „Es geht darum, jetzt die Weichen für die erfolgreiche Entwicklung des Landes in den kommenden Jahrzehnten zu stellen. Wir müssen nach vorne schauen und in die Zukunft der Energieversorgung investieren, statt kurzatmig über die Verlängerung bisheriger Energieträger zu feilschen.“

Im Hinblick auf die Umsetzung der Wasserstoff-Strategie erklärte der Minister, dass eine ganze Reihe weiterer Wasserstoff-Projekte konkrete Formen angenommen hätten. Der Gasekonzern Linde hat in Leuna mit dem Bau einer modernen Elektrolyseanlage mit einer Leistung von 24 Megawatt begonnen. Mit der Anlage kann eine Produktion von 3.200 Tonnen grünem Wasserstoff pro Jahr erreicht werden. Der Elektrolyseur bettet sich unmittelbar in die im mitteldeutschen Chemiedreieck vorhandene Wasserstoffinfrastruktur ein. Auf einem guten Weg seien zudem der Energiepark Zerbst sowie die Energieregion Staßfurt.

Bereits im Sommer 2021 hat die vom Ministerium geförderte Elektrolyse-Testplattform der Fraunhofer-Gesellschaft ihren Betrieb aufgenommen. Für die Errichtung der Anlage wurden seitens des Landes zehn Millionen Euro investiert. Das

Hydrogen Lab verfügt über fünf Teststände und ein Technikum für Elektrolyseure bis fünf Megawatt. Es ist die erste Pilotanlage für Test und Skalierung von Elektrolysesystemen im industriellen Maßstab, die vollständig in einen Chemiepark integriert ist. Der erzeugte grüne Wasserstoff wird vor Ort aufbereitet und direkt in die 157 km lange H<sub>2</sub>-Pipeline eingespeist, von wo aus er zu den Industriestandorten der Region verteilt wird.

„Für den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist auch ein weiterer Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energien notwendig“, betonte Willingmann. Die Wasserstoffstrategie setzt das Ziel, bis zum Jahr 2030 jeweils zusätzlich fünf Gigawatt Solar- und Windenergie in Betrieb zu nehmen, um die für eine grüne Wasserstoffwirtschaft erforderliche erneuerbare Energie bereitzustellen. „Um dies zu erreichen, müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und mehr Flächen ausgewiesen werden. Hier ist in erster Linie der Bund in der Pflicht zur Entbürokratisierung; zugleich sind wir im Lande gefordert, unseren Beitrag zu leisten. Bei der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans muss etwa dieser Flächenbedarf angemessen berücksichtigt werden“, erklärte der Minister.

Aktuelle Informationen zu interessanten Themen aus den Bereichen Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt gibt es auch auf den Social-Media-Kanälen des Ministeriums bei Facebook, Instagram, LinkedIn und Twitter.